

FBP präsentiert weitere sechs Punkte

Zum dritten Mal seit den Landtagswahlen im Februar 2009 hat die FBP ihre politischen Ziele gestern in einem Sechspunkte-Programm veröffentlicht. Drei Punkte des Programms entsprechen seinem Vorgänger, drei sind neu.

Von Heribert Beck

«Präsidium und Fraktion der FBP haben in drei Klausuren das Sechspunkte-Programm für das zweite Halbjahr 2010 erarbeitet», sagte Parteipräsident Alexander Batliner an der gestrigen Präsentation eben dieser sechs Punkte. Die seit Ende 2009 halbjährlich vorgestellten Programme seien als rollendes Projekt zu verstehen. «Was seit dem Frühjahr erledigt worden ist, haben wir herausgenommen. Dort wo die Ziele unseres Erachtens noch nicht erreicht worden sind, haben wir die Forderungen beibehalten.»

Drei Finanzthemen fallen weg

Herausgenommen wurden die Punkte Steuerreform, Finanzplatzthematik und Staatshaushalt. «Bei der Steuerreform werten wir es als positiv, dass wichtige Forderungen aus dem letzten Sechspunkte-Programm von der Regierung auf die zweite Lesung umgesetzt worden sind», sagte Batliner. In Sachen Finanzplatz begrüsst die FBP, dass die Regierung vermehrt auf Doppelbesteuerungsabkommen denn auf Steuerinformationsabkommen setzt. Bezüglich des Staatshaushalts sieht die FBP ihre Forderung nach einem Massnahmenkatalog mit dem 160-Millionen-Sparpaket der Regierung Tschüscher erfüllt – selbst wenn es der FBP in gewissen Bereichen wie der Nichtbetriebs-Unfallversicherung nicht schnell genug vorwärts gehe.

Mehr Personenfreizügigkeit gefordert

Beibehalten hat die FBP hingegen ihre Forderungen im Bereich der Personenfreizügigkeit, der Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort und in der Gesundheitspolitik.

«Liechtenstein war in den vergangenen Jahrzehnten immer auf die Unterstützung von Ausländerinnen und Ausländern angewiesen», sagte Alexander Batliner. Da dies auch in Zukunft so sein werde, setze sich die FBP für eine grosszügigere Regelung beim Zuzug gut ausgebildeter Arbeitskräfte ein. Für diese solle auch die Attraktivität für eine Unternehmensgründung oder -beteiligung in Liechtenstein gesteigert werden. Die ver-



Stellten den Medien das aktuelle Sechspunkte-Programm der FBP vor: Die Abgeordnete Doris Frommelt, Parteipräsident Alexander Batliner (Mitte) und Fraktionssprecher Johannes Kaiser.

Bild Daniel Ospelt

schärfte Verwaltungspraxis im Bereich der Kurzaufenthaltsbewilligungen verschlechtere darüber hinaus die Situation der einheimischen Betriebe. Die FBP wünscht sich daher eine Rückkehr zur lockeren Vorgehensweise vergangener Jahre.

Einen Bürokratieabbau fordert die FBP auch in Sachen Unternehmensgründungen. Ausserdem soll der Staat – namentlich das Amt für Volkswirtschaft – die Ansiedlung von Betrieben aktiv angehen. Zur Unterstützung Liechtensteiner Unternehmen im Ausland soll das Ressort Ausseres des Weiteren das Honorarkonsulwesen ausbauen.

Den Massnahmenkatalog abwarten

In der Gesundheitspolitik möchte die FBP den Massnahmenkatalog des Ressorts Gesundheit abwarten, welcher auf dem vom Landtag im Mai behandelten Gesundheitsbericht beruht. Die FBP erwartet sich von diesem Katalog «Antworten zu einer langfristigen Strategie bezüglich Transparenz, Mengenausweitung und Kostenentwicklung unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung», wie die Abgeordnete Doris Frommelt ausführte. «Wir werden den Massnahmenkatalog einer genauen Prüfung unterziehen und aktiv

an einer guten Entwicklung mitwirken.»

Betreuungs- und Pflegegeld begrüsst

Die Einführung des Betreuungs- und Pflegegelds, die seit dem 1. Januar in Kraft ist, und die zugehörige Betreuung der Betroffenen durch eine Fachstelle begrüsst die FBP ausdrücklich. «Wir haben uns versichern lassen, dass Abklärung und Auszahlung professionell und prompt erfolgen», sagte Doris Frommelt. Allerdings stört sich die FBP daran, dass zwischen Pflegebedürftigen und Pflegenden ein Arbeitsverhältnis entsteht – mit allen Pflichten für den Pflegebedürftigen. Eine Lösung sieht Doris Frommelt in einer Auszahlung von Nettobeträgen an die Pflegenden. Letztere wiederum könnten nach dem Willen der FBP künftig von einem zentralen Pool vermittelt werden. Um einem allfälligen Mangel an Pflegekräften weiter zu begegnen, fordert die Bürgerpartei einen befristeten Sonderstatus für Personen aus dem Ausland, die Pflegeaufgaben wahrnehmen können. Ein diesen Forderungen entsprechendes Postulat habe die FBP-Fraktion bereits in Vorbereitung.

Orts- und Fremdbild verbessern

Bei der Siedlungspolitik nimmt sich das Sechspunkte-Programm vor al-

lem der Weiler Nendeln und Schaanwald an. Beide sollen – wie bereits in Konzepten geplant – ein vom Verkehr möglichst unbelastetes Dorfzentrum erhalten. Die FBP fordert eine möglichst rasche Umsetzung der bestehenden Konzepte, beispielsweise der Verlegung der Vorarlberger-Strasse auf das Niveau der Eisenbahnlinie. Auch bezüglich dieser Siedlungsentwicklung werde die FBP noch im laufenden Jahr ein Postulat einreichen.

Im sechsten und letzten Punkt ihres Programms nimmt sich die FBP der Regierungskommunikation und damit verbunden des Liechtenstein-Bilds im Ausland an. FBP-Fraktionsprecher Johannes Kaiser möchte in diesem Zusammenhang unter anderem wissen, wer solche Aufgaben nach der geplanten Auflösung der Stiftung Image Liechtenstein übernehmen soll. «Aus diesem Grund erwarten wir, dass ein Kommunikationskonzept und eine Strategie vorgelegt werden, wie Liechtenstein den derzeitigen Reputationsschaden beheben will», sagte Johannes Kaiser. Ausserdem sollen in der Regierungskommunikation mögliche Synergien genutzt werden, um Kosten zu sparen und die Arbeit zu professionalisieren.